

WAR DIE MAUER ZU VERHINDERN?

Der Berliner Bürgermeister Heinrich Albertz zur SPIEGEL-Serie „Konjew ließ aufmarschieren“

Die erste umfassende Darstellung von Vorgeschichte und Bau der Berliner Mauer, die SPIEGEL-Serie „Konjew ließ aufmarschieren“ (SPIEGEL 34 bis 36/1966) hat – so Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt – „eine erste sozusagen amtliche deutsche Darstellung zum Thema... von dem damals obersten Berliner Beamten“ ausgelöst:

einen SPIEGEL-Beitrag von Berlins Bürgermeister Heinrich Albertz, der im August 1961 Leiter der Berliner Senatskanzlei war. Obgleich der Beitrag streckenweise erkennbar das Ziel hat, die damalige Senats-Politik zu rechtfertigen, enthüllt er doch zugleich bisher unbekannte Vorgänge aus den Tagen vor und nach dem Mauerbau.

Es ist erstaunlich, daß es bisher kaum eine deutsche Arbeit über Vorgeschichte und Begleitumstände jenes 13. August 1961 gibt, der einen so tiefen Einschnitt für die deutsche Nachkriegsgeschichte bedeutet. Der SPIEGEL hat einen solchen Versuch unternommen. Das ist verdienstvoll, auch wenn seine Darstellung natürlich Lücken aufweisen muß.

Eine in allen Einzelheiten runde Gesamtdarstellung wird ohnehin schwierig sein, solange nicht alle Archive, besonders die östlichen, zugänglich sind. In einigen Punkten möchte ich den SPIEGEL-Report ergänzen, nachdem ich im August 1961, damals noch ohne unmittelbare politische Verantwortung, aber doch als Chef der Senatskanzlei, technisch und organisatorisch im Mittelpunkt der Entwicklung in Berlin stand.

Mir ist das bedrückende Gefühl jener Tage unvergessen, mit welcher Hilflosigkeit die politische Führung in Deutschland vor und während der Krise agierte. Auch heute finde ich, daß im SPIEGEL Washington mit einem schärferen Maßstab gemessen wurde als Bonn.

Es sind im wesentlichen zwei Fragen, die einen bis heute beschäftigen. Die erste: Konnte man die Entwicklung voraussehen? Die zweite: War sie aufzuhalten?

Die erste Frage ist zu bejahen. Allerdings mit der Einschränkung, daß niemand im Westen, soweit ich weiß, an eine Mauer gedacht hat. Aber ich erinnere mich sehr gut, daß der Senat bei seinen Vorstellungen und Vorschlägen die Möglichkeit nicht ausschloß, daß die Absperrungen zwischen der Zone und Ost-Berlin verstärkt und sämtliche Übergänge zwischen Ost-Berlin und West-Berlin einschließlich auf der S- und U-Bahn unter eine scharfe, so gut wie lückenlose Kontrolle gebracht werden könnten.

Uns war klar, daß man versuchen würde, mit der Kombination beider oder ähnlicher Maßnahmen den Flüchtlingsstrom zu stoppen.

Bei dieser Gelegenheit muß einer – nicht vom SPIEGEL verbreiteten – Legende entgegengetreten werden: Dem Senat sind keinerlei Erkenntnisse irgendwelcher Nachrichtendienste von dem bevorstehenden Mauerbau übermittelt worden. Der damalige Innenminister, Joachim Lipschitz, erhielt rou-

tinemäßig und auf bürokratischem Wege, durch das Wochenende verzögert, am Montag, dem 14. August, eine Mitteilung, die den Stand der Erkenntnisse vom vorhergehenden Freitag vermittelte: besondere dramatische Ereignisse seien nicht zu erwarten.

Die zweite Frage ist nicht definitiv zu beantworten. Aber wenn ich an die Vorgeschichte denke, werde ich das Gefühl nicht los, daß die deutsche Politik Versäumnisse begangen hat, die es offenlassen, ob die Entwicklung aufzuhalten gewesen wäre.

Die Bundesregierung hatte aus dem Gespräch zwischen Ministerpräsident

ten Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche aus Westdeutschland, darunter mehrere Bischöfe, am Betreten des Ostsektors mit der Bemerkung, sie seien in der Hauptstadt der DDR unerwünscht. Am 13. Februar hatte der Regierende Bürgermeister bei den Kommandanten scharf gegen diese Maßnahme protestiert, die den Vier-Mächte-Status verletzte, und erklärt, die Lage Berlins würde sich bei weiteren derartigen Rechtsbrüchen erneut verschärfen.

In den darauffolgenden Monaten wurde zunehmend ein Druck gegen die Bewohner des Ostsektors und der Zonenrandgebiete ausgeübt, ihre Arbeit in West-Berlin aufzugeben. Um die Monatswende Juni/Juli begann man, Familien aus ihren Wohnungen zu setzen, die keine Neigung zeigten, sich diesem Druck zu beugen, und nur auf ihrem Recht beharrten. Ein öffentlicher scharfer Protest des Regierenden Bürgermeisters am 9. Juli verhallte ungehört.

In einem Memorandum vom 17. Februar, das dem damaligen Bundeskanzler Adenauer überreicht wurde, drängte die Sowjet-Union auf Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit zwei deutschen Staaten. Sie drohte mit einem Separatabkommen, das auch die Liquidierung des Besatzungsregimes in Berlin mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen bedeuten würde. Bei Verhandlungen hingegen würde die Bundesrepublik Möglichkeiten haben, ihre Interessen in West-Berlin zu verteidigen.

Aus diesem Memorandum ergeben sich zwei Überlegungen:

▷ Sollte man generell Verhandlungen ablehnen?

▷ Was ist zu tun, um die Einschränkung des The-

mas Berlin auf West-Berlin zu verhindern?

Vom 10. bis 19. März besuchte Willy Brandt die Vereinigten Staaten und traf John F. Kennedy zum erstenmal nach dessen Einzug ins Weiße Haus. Es ist bis heute nicht bekannt, daß Brandt dabei in einer Niederschrift dem State Department seine Auffassung darlegte. Er drängte, der Westen müsse bei künftigen Verhandlungen jeder Einigung des Themas auf West-Berlin widersprechen und statt dessen die Forderungen gegenüber Ost-Berlin geltend machen. Jedes Zwischenabkommen



Mauerbesucher Albertz: „Ab 2.30 Uhr verantwortlich“

Chruschtschow und Botschafter Kroll beim Neujahrsempfang in Moskau im Jahre 1961 geschlossen, daß in nächster Zeit für Berlin keine Krise zu erwarten sei. Chruschtschow hatte darauf verwiesen, daß das zum Jahresende erneuerte Interzonen-Handelsabkommen beweise, Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten seien möglich, ohne daß die Frage einer Anerkennung eine Rolle spiele. Das Berlin-Problem müsse bald angepackt und könne bei gutem Willen auch gelöst werden.

In der ersten Februarhälfte begannen die ostzonalen Behörden, die Freizügigkeit weiter einzuschränken. Sie hinder-

müsse für ganz Berlin geschlossen werden.

Der Regierende Bürgermeister unternahm eine Reihe von Schritten, um klarzumachen, daß es sich um eine Stadt handelt und daß die West-Berliner Bevölkerung das Recht zum Betreten Ost-Berlins selbstverständlich und voll ausschöpft. Er selbst besuchte mit seiner Familie und mit mir im April das Pergamon-Museum im Sowjetsektor und wies in zahlreichen Ansprachen darauf hin, daß wir „den Raum jenseits der Sektorengrenze nicht als einen weißen Fleck betrachten dürfen, mit dem wir nur wenig oder gar nichts zu tun haben“.

Im Mai 1961 wurden auf der Nato-Tagung in Oslo die inzwischen berühmt gewordenen „Three Essentials“ formuliert: die Garantien für die Anwesenheit der Truppen, der freie Zugang und die Lebensfähigkeit für West-Berlin. Von Ost-Berlin war nicht die Rede. Als der Wortlaut des Kommuniqués im Rathaus aus dem Fernschreiber gekommen war, tat der Pressechef Egon Bahr, als ob es sich um eine Hiobsbotschaft handele. Bahr lief zum Regierenden Bürgermeister und sagte: „Das ist fast eine Einladung für die Sowjets, mit dem Ostsektor zu machen, was sie wollen.“

Als die Sorge zunahm, die Sowjet-Union würde das Berlin-Problem immer mehr zu einem West-Berlin-Problem machen, beauftragte Brandt den damaligen Senator für Bundesangelegenheiten, Dr. Günter Klein, mit der Bundesregierung zu erörtern, ob es nicht empfehlenswert sei, der Sowjet-Union die Wiedervereinigung Berlins vorzuschlagen. Die Antwort war negativ. Man solle an dem gegenwärtigen Status festhalten und wolle alle neuen Vorschläge sehr vorsichtig behandeln.

Das Bild jener Monate wäre unvollständig, wenn man die zahlreichen Erklärungen, Reden sowjetischer und amerikanischer Staatsmänner und nicht zuletzt die Wiener Begegnung zwischen Kennedy und Chruschtschow außer acht ließe (SPIEGEL 34/1966), in denen die Sowjet-Union immer stärker auf die Abhaltung einer Friedenskonferenz drängte; in denen der Westen immer härter seine Garantien für West-Berlin unterstrich. Die Erklärungen der deutschen Politik dazu waren steril.

Am 7. August erklärte Chruschtschow, ein sowjetischer Verzicht auf eine Konferenz oder einen separaten Friedensvertrag der Sowjets müßte dem Westen wie ein strategischer Durchbruch erscheinen.

Wir können heute nicht mit Sicherheit sagen, welche Überlegungen in diesem Zusammenhang im Kreml angestellt wurden. Als die Sowjets erkannten, daß ein Separat-Friedensvertrag nicht ihren Interessen entspricht, können sie einen Prestigeverlust für sich und einen Prestigegewinn für den Westen befürchtet und Ulbricht grünes Licht gegeben haben für seine spektakuläre Aktion, die den dringendsten Wunsch der „DDR“ erfüllte, dem Westen eine Niederlage beibrachte und die Welt vergessen ließ, wie oft der Abschluß eines Friedensvertrages durch die Sowjet-Union vorgeschlagen und wie dringlich er gemacht worden war.

Wenn diese Hypothese zutrifft, dann hätte mit einem verhältnismäßig guten Grad von Wahrscheinlichkeit der zeitliche Ablauf durch Verhandlungen be-



Botschafter Kroll (l.), Chruschtschow*: „Beim Neujahrsempfang ...“

einflußt werden können. Und wir würden uns heute wohl nicht mehr an den 13. August 1961 erinnern.

Um die Westmächte zu bewegen, das Gesetz des Handelns wieder an sich zu ziehen, Zeit zu gewinnen und die Einengung auf die West-Berlin-Frage zu verhindern, forderte der Regierende Bürgermeister auf einer Pressekonferenz in Bonn am 7. Juli zu einer Offensive auf. Man solle Chruschtschow beim Wort nehmen, zu einer Konferenz aller ehemaligen Kriegsgegner einladen, auf der ein Friedensvertrag mit Gesamt-Deutschland vorzubereiten und auszuhandeln sei.

Auf der westlichen Außenministerkonferenz in Paris Anfang August haben die Vereinigten Staaten dann die Idee einer Konferenz von 52 Staaten als Möglichkeit eines Verhandlungsangebots an die Sowjet-Union vorgebracht. Die Bundesregierung hat sich heftig da-

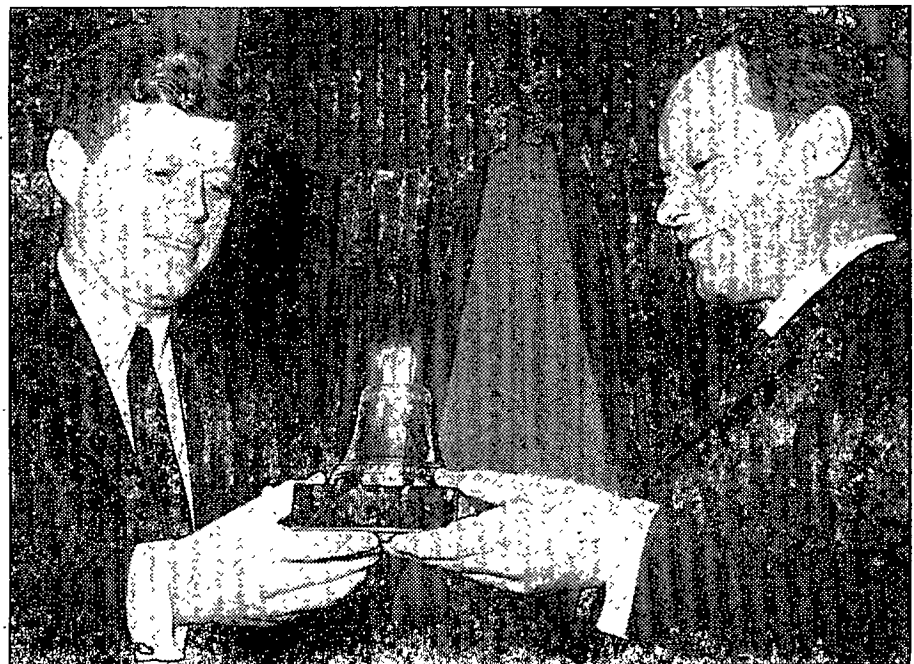
gegen gewendet. Der Vorschlag wurde nicht mehr behandelt, jedenfalls nicht mehr vor dem 13. August.

Am 25. Juli hatte Präsident Kennedy in einer Rede die Erhöhung der amerikanischen Streitkräfte angekündigt; aber in jener für ihn typischen Art der Mischung von Festigkeit und Elastizität schloß er den Gedanken einer Konferenz nicht aus.

Am 18. August erklärte sich dann die Bundesregierung vor dem Bundestag „bereit, jeden Ansatz für Verhandlungen zwischen den vier für Berlin- und Deutschland als Ganzes zuständigen Mächten zu unterstützen“. Warum nicht vorher?

Wir sind damit bei den dramatischen Tagen, die dem 13. August unmittelbar vorausgingen.

Es wird an einem Tag Ende Juli oder Anfang August gewesen sein, als wir die Zuspitzung der Entwicklung mit



... keine Krise in Sicht“: Gastgeber Kennedy, Freiheitsglocke, Besucher am 13. März 1961

* Mitte: Der schweizerische Botschafter in Moskau, Alfred Zehnder.

Der Präzisions-
Druckstift
mit der feinsten
Bleimine der Welt:
0,5 mm



PENTEL[®] GRAPH

Ohne Absetzen, ohne Anspitzen und nahezu ohne Druck zieht der PENTEL GRAPH einen endlos feinen Strich. Für alle exakten Zeichenaufgaben sind mit dem PENTEL GRAPH bisher unerfüllbare Wünsche verwirklicht.

Die bruchstabile 0,5 mm-Mine gibt es in den Stärken HB, H, 2H, 4H. Der Stift faßt 12 Minen, die durch Druck auf den Kontaktknopf kontinuierlich nachgeschoben werden.

IMCO · Stuttgart · Postfach 322

Herbert Wehner, dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, erörterten. Wehner, bedrückt, stellte zur Diskussion, ob man die Menschen in der Zone entgegen unserer bisherigen Haltung nicht aufrufen müßte, zu fliehen, solange das noch gehen würde. Er kam selbst zu einem negativen Ergebnis: Niemand konnte seine Hand dafür ins Feuer legen, ob und wann die totale Schließung wirklich kommen würde, und sicher wäre ein solcher Aufruf der Vorwand für die totale Abschnürung geworden.

Am 31. Juli hatte sich der Leiter des Ost-Berliner Magistrates, Fritz Ebert, in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister gewendet und vorgeschlagen, durch Verhandlungen eine Regelung der Grenzgängerfrage herbeizuführen. Unmittelbar danach habe ich dem Leiter der Interzonen-Treuhandstelle, Dr. Leopold, die Bitte des Regierenden Bürgermeisters übermittelt, in dieser Sache bei seinen Ost-Berliner Partnern vorstellig zu werden. Am Tage nach diesem Gespräch hörte ich, daß die Bundesregierung eine solche Ermächtigung nicht erteilt habe, weil sie einen derartigen Schritt für nutzlos halte.

Berlin hat dann versucht, die Frage, was geschehen solle, wenn die Sowjets an der Berliner Stadtgrenze oder an der Sektorengrenze Absperrmaßnahmen ergreifen, zum Thema der Erörterung auf der Pariser Außenministerkonferenz zu machen. Dies mißlang. Begründung der Bundesregierung: derartige Maßnahmen seien nur im Zusammenhang mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages denkbar. Mit einem Friedensvertrag sei aber jetzt nicht zu rechnen. Letzteres erwies sich als richtig. Ersteres — leider — nicht.

Am 6. August äußerte sich der damalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, dementsprechend: „Ich liebe keine großen Worte, und vor allem möchte ich nicht pathetisch wirken; ich kann aber meinen Hörern und Hörerinnen in der Zone, die jetzt geistig, optisch und akustisch mit mir verbunden sind, die Versicherung geben: Der Weg von und nach Berlin bleibt offen!“ (SPIEGEL 34/1966.)

Am 11. August ermächtigte die Volkskammer die Regierung der „DDR“, Maßnahmen zum Schutze des Zonenstaates zu ergreifen. Der Regierende Bürgermeister erklärte, der Osten bereite Maßnahmen vor, die man drüben nicht einmal anzukündigen wage. Am selben Tage wurde die Ermächtigungserklärung der Staaten des Warschauer Pakts verabschiedet, die am 13. August veröffentlicht wurde. Ebenfalls am 11. August fand in Bonn eine Besprechung mit dem Bundesaußenminister von Brentano statt, in der die Vertreter Berlins, Brandt, sein Stellvertreter Amrehn, und Senator Klein, eindringlich auf die Gefahr drohender Absperrmaßnahmen hinwiesen, aber die Haltung der Bundesregierung unverändert fanden.

Zusammenfassend ist festzustellen:

- ▷ Die Zuspitzung der Entwicklung ist erkannt worden;
- ▷ alle Anregungen, die Entwicklung durch eigene Initiative zu beeinflussen, wurden nicht akzeptiert;
- ▷ es hat zwischen Berlin und Bonn keine in die Sache eindringende in-

tensive Besprechung über vorsorgliche Maßnahmen gegeben.

Dann kam jener schwarze Tag in unserer Geschichte. Ich erinnere mich, einmal — allerdings etwas grimmig —, gelacht zu haben. Und das war, als ich meinen guten Freund Ernst Lemmer, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, am Abend des 13. August in einem Fernseh-Interview erklären sah, er sei von den Maßnahmen nicht überrascht worden.

Ab 2.30 Uhr war ich für die Übermittlung alliierter Weisungen an den Kommandeur der Schutzpolizei verantwortlich. Dabei ging es um die unmittelbaren Reaktionen, bei denen nur die Deutschen in Erscheinung traten.

Aber diese Weisungen erfolgten so schleppend; die Abstimmung auf alliier-

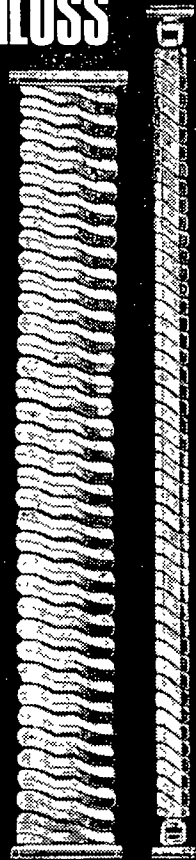


Gesamtdeutscher Minister Lemmer*
„Geistig, optisch und akustisch“

ter Seite zwischen Berlin und den drei Hauptstädten, die auch nach zahlreichen Einzelheiten in der SPIEGEL-Serie offenbaren Mängel in der Information und nicht zuletzt meine Menschenkenntnis haben mich bis heute nicht daran zweifeln lassen, daß auch die Alliierten vom Bau dieser Mauer vorher nichts wußten. Niemand kann sich so verstellen, wie es erforderlich gewesen wäre. Was sie freilich gewußt haben mögen, ist dies: bei zu erwartenden Absperrmaßnahmen des Ostsektors würden allierte Rechte in West-Berlin nicht berührt. Nur so ist zu verstehen, daß die alliierten Soldaten in den Kasernen blieben, und daß meines Wissens nicht ein-

* Im Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde 1961.

DEHNBAR OHNE VERSCHLUSS



Rowi Marken-Uhrbänder

SUPER-ELASTISCH

Elasto-Fixo

Fixo-Flex

WELT-PATENTE

Bequem im Tragen
Leicht an- und
abzustreifen
Unverwüstlich
Formschön

RoWi
PFORZHEIM



mal der übliche Sonntagsurlaub gesperrt wurde.

Hier nun muß ich die Darstellung im SPIEGEL mit einigen Details ergänzen. In der Besprechung mit den Kommandanten, die am Vormittag um 11 Uhr begann, hat der Regierende Bürgermeister nicht einen Aufmarsch von Truppen an der Sektorengrenze verlangt. Er hat Patrouillen gefordert, um die Verantwortung deutlich zu machen und kein zusätzliches Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung um sich greifen zu lassen. „Noch heute“, so verlangte Brandt, müsse in Moskau und in den Hauptstädten der Staaten des Warschauer Paktes protestiert werden. Bekanntlich hat es 54 Stunden gedauert, ehe die Kommandanten einen Protest bei dem sowjetischen Stadtkommandanten übermitteln konnten. Und 72 Stunden, ehe ein entsprechender Schritt in Moskau erfolgte.

Das war die Realität, die es heute als wirklichkeitsfremd erscheinen läßt, wenn danach gefragt wird, ob die Alliierten nicht anders hätten reagieren sollen und können. Theoretisch wäre das möglich gewesen, praktisch nicht.

Theoretisch wäre möglich gewesen, die sowjetische Seite zu zwingen, durch entsprechende alliierte Aktionen an der Zonengrenze ihre unmittelbare Verantwortung zu bekennen. Man hätte sich damit erspart, daß die Alliierten sich praktisch Anordnungen des Ulbricht-Regimes gebeugt haben.

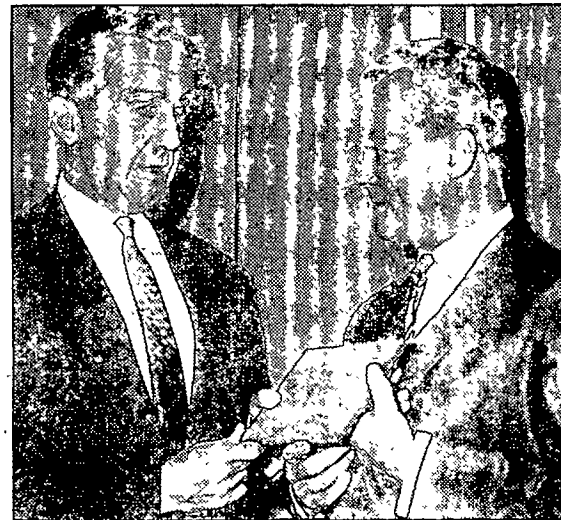
Aber das ist eine nachträgliche Erkenntnis. Diese Möglichkeit eines begrenzten Risikos konnte an diesem Tage niemandem klar sein. Jedenfalls hat niemand etwas Entsprechendes gesehen oder vorgeschlagen.

Zu dem Brief, den Brandt am 16. August an Präsident Kennedy schickte, und zur Rede des Regierenden Bürgermeisters auf der Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus am selben Tag ist zu sagen:

Brandt hatte mit Ed Murrow, dem Chef des US-Informationsdienstes, der in jenen Tagen zufällig in Berlin war, mehrere sehr offene Gespräche. Aber der Amerikaner, der sicher eine brillante Formulierungshilfe gewesen wäre, hatte weder mit der Abfassung des Briefes an Kennedy noch mit der Formulierung der Rede Brandts irgend etwas zu tun^{oo}. Auch der Gesandte Lightner hat an dem Kennedy-Brief nur dadurch mitgewirkt, daß er den Text telegraphisch nach Washington übermittelte.

Noch zehn Minuten, bevor Brandt am Nachmittag vor dem Schöneberger Rathaus sprach, war die Rede nicht fertig geschrieben. Brandt hatte am Vormittag das getan, was man „am Bleistift kauen“ nennt. Die Menschen strömten bereits auf den Platz vor dem Rathaus, als im Sekretariat (Zimmer 1055) Seite um Seite geschrieben und einzeln „dem Chef“ hingereicht wurde. Niemand hat vorher gewußt, was er wirklich sagen würde und ob es ihm gelänge, der explosiven Spannung Herr zu werden, die über dem Platz lastete.

Seinen Brief an den US-Präsidenten hat der Regierende Bürgermeister am 15. August mit großer Sorgfalt ausgearbeitet, überarbeitet, „überschlafen“ und am 16. August abgeschickt. Er war nicht zur Veröffentlichung bestimmt und war nicht als Schmeichelei für den Präsidenten gedacht. Das wurde damals mit der Nörgelei verbunden, Brandt hätte dem amerikanischen Präsidenten gar nicht schreiben dürfen.



Brief-Mitarbeiter Murrow*
„Die Spuren des Geheimnisverrats...

Jedenfalls wurde dieser Brief in Bonn an einen Journalisten „herausgespielt“. Da damit eine Geheimhaltungsvorschrift offensichtlich verletzt worden war, nahm sich auf meinen Antrag die Staatsanwaltschaft der Sache an.

Die Spuren wiesen ins Bundeskanzleramt, aber das Verfahren mußte eingestellt werden, als der Journalist, Eberhard Bitzer von der „Frankfurter Allgemeinen“, der im guten Glauben gehandelt hatte, starb.

Wir waren am Abend des 13. August natürlich keineswegs in heiterer Stimmung. Aber ich kann mich nicht erinnern, Brandt so gehört zu haben: „Kennedy haut uns in die Pfanne“^{ooo}. Dies ist nie der Ton gewesen, in dem im Schöneberger Rathaus über den Präsidenten der Vereinigten Staaten gesprochen worden ist. Es hat auch in keiner Minute jener Tage die Befürchtung gegeben, Kennedy und die anderen

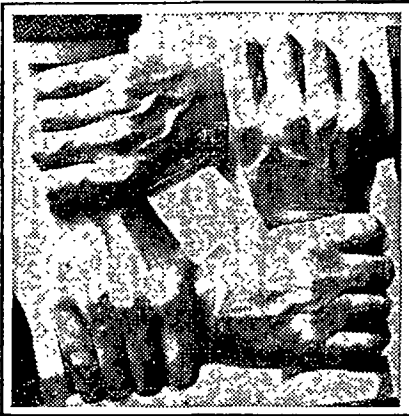
* Bild oben: mit Brandt, Bild unten: mit Minister Mende.

^{oo} SPIEGEL-Leser Albertz irrt: Ed Murrow hat Brandt zu seinem Brief an Kennedy gedrängt und ihm Stichworte gegeben. Auch Gesandter Lightner hat Brandt zu seinem Schreiben ermuntert. — Red.

^{ooo} Die Informanten des SPIEGEL, deutsche und amerikanische Ohrenzeugen, bleiben dabei: Brandt hat es gesagt. — Red.



Brief-Berichter Bitzer*
...wiesen ins Bundeskanzleramt“



OPPENHEIMER FUND, INC.

Ein Investmentfonds auf Gegenseitigkeit

Eine kurze, aber wichtige Information:

Der Oppenheimer Fonds ist ein Fonds auf Gegenseitigkeit, dessen Geschäftsführung alle denkbaren Anstrengungen unternimmt, Ihr Geld durch kluge Anlagepolitik zu vermehren.

Verlangen Sie unseren kostenlosen Angebotsprospekt; schreiben Sie an die deutsche Vertriebsorganisation des Oppenheimer Fonds.



An die GAV
Gesellschaft für Anlageberatung
und Vermögensplanung mbH.
8000 München 2
Pacellistr. 7/C -
Ruf: C811/29 60 38 und 29 32 54

Ja, bitte
senden Sie mir ausführliches,
kostenloses Informationsmaterial,
das mir mit authentischen Zahlen belegt,
wie Vermögen entsteht,
indem man sein Geld für sich arbeiten läßt.

Name:

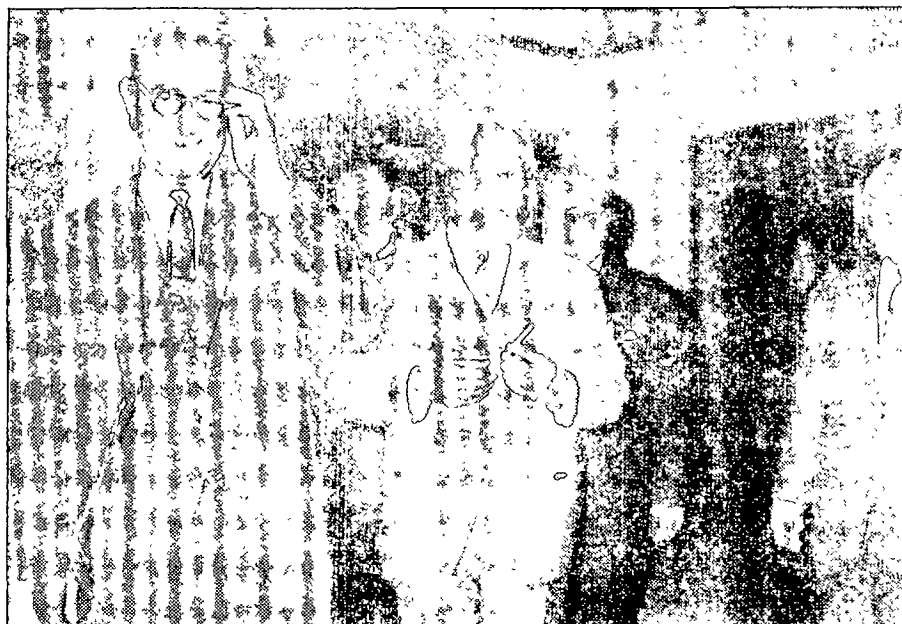
Adresse: ()

Ruf:

beiden Schutzmächte würden nicht zu ihren gegebenen, aber leider nur auf West-Berlin beschränkten Garantien stehen.

Daß der Präsident auf den Brief unwillig reagiert hat, ist richtig (SPIEGEL 35/1966). Ob der angegebene Wortlaut stimmt, weiß ich nicht. Nach unseren Informationen hat diese Verschnupfung 48 Stunden angehalten. Sie wurde beseitigt sehr wesentlich durch den Bericht, den Ed Murrow dem Präsidenten gab. Denn danach erkannte Kennedy, daß Brandt mit der Offenheit und Ehrlichkeit eines Freundes gesprochen hatte, vor allem, daß er keinen falschen Alarm gegeben hatte. Der Präsident fühlte sich düpiert, wie bei der Kuba-Aktion in der Schweinebucht unzureichend informiert. In diesen Augenblicken wurde deutlich, wohin es führen kann, wenn eine Regierung versäumt, vorausschauend und ohne Schönfärberei auf kommende Krisen aufmerksam zu machen und damit uns

Willy Brandt hat in seinem Buch „Begegnungen mit Kennedy“ (erschienen 1964 im Kindler-Verlag) über diesen Brief folgendes geschrieben: „Während der ersten Unterhaltung“ (mit dem damaligen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson) „im Berliner Haus von Botschafter Dowling — General Clay und Botschafter Bohlen nahmen teil —“ (Botschafter Dowling, nicht aber der Gesandte Lightner hatte den Empfang gegeben) „ging es natürlich vor allem um meinen Brief an den Präsidenten vom 16. August und dessen ausführliche Antwort vom 18. August, die der Vizepräsident mitgebracht hatte. Nach seiner dankenden Bestätigung schrieb Kennedy: „In diesen Tagen der Prüfung ist es für uns wichtig, in engem Kontakt miteinander zu bleiben. Aus diesem Grunde sende ich Ihnen meine Antwort durch Vizepräsident Johnson, der sie Ihnen übergeben wird. Er kommt zusammen mit General Clay, der den Berlinern gut bekannt ist, zu



Besucher Johnson, Gastgeber, Albertz (r.) am 19. August 1961*: „48 Stunden verschnupft“

und unsere Verbündeten darauf vorzubereiten.

Es hatte im März 1961 einen guten persönlichen Kontakt zwischen Kennedy und Brandt gegeben. Viele Berichte in der deutschen Presse aus Washington schwärmten zum Teil davon. Aber ein Verhältnis persönlichen Vertrauens ergab sich erst gerade nach diesem in der Tat ungewöhnlichen Brief Brandts. Äußerungen des damaligen Justizministers Robert Kennedy und Jacqueline Kennedys und Hinweise in den beiden Büchern Sorensens und Schlesingers sprechen von der positiven Einschätzung Brandts durch den damaligen Präsidenten.

Um die Antwort Kennedys ist eine Legende entstanden. Der Brief trägt den Vermerk „Secret“. Würde man ihn veröffentlichen, so würde man sehen, daß er für Brandt weder demütigend noch sonst unangenehm gewesen ist. Ich hätte ihn im SPIEGEL gern als Dokument angeführt. Eine entsprechende Rückfrage in Washington um Aufhebung der „Geheim“-Klassifizierung wurde negativ beantwortet, was ich bedauere, aber verstehen kann.

* Zwischen Brandt und Albertz Bürgermeister Franz Amrehn.

Ihnen, und sie sind von mir ermächtigt, unsere Probleme in voller Offenheit mit Ihnen zu besprechen ...

„Präsident Kennedy schrieb weiter, er verstehe sehr gut meine tiefe Besorgnis und das Gefühl der Beunruhigung, das mich zu meinem Brief veranlaßt habe. Er ging auf einige Hauptprobleme der Politik des Westens ein und unterstrich seine Bereitschaft, West-Berlin als lebenswichtigen Teil der freien Welt nicht nur zu halten, sondern auch auszubauen, denn West-Berlin dürfe nicht nur Vorposten der Freiheit sein.“

Es war damals — mißverständlich — von einem Dreimächte-Status für West-Berlin die Rede. In Wirklichkeit ging es darum, zwar den Viermächte-Status für ganz Berlin zu erhalten (besser gesagt: seine kümmerlichen Reste), zu verhindern, daß der Viermächte-Status auf West-Berlin eingeeignet würde und die Russen daraus neue Rechte in West-Berlin herleiten würden, und klarzumachen, daß die Verantwortlichkeit der drei Mächte für West-Berlin das ist, was für das Leben und die Existenz der Berliner entscheidend bleiben würde. Um diese Dinge ging es auch

bei den vertraulichen Besprechungen. Johnson übermittelte die persönlichen Grüße Kennedys. Er zeigte sich loyal gegenüber seinem Präsidenten und von einer menschlichen Wärme und Herzlichkeit, die überraschend wirkte. Er bewegte sich außerhalb der Öffentlichkeit mit gewinnender Natürlichkeit und erklärte Brandt, er solle sich jederzeit vertrauensvoll an den Präsidenten wenden.

Später, im Amtszimmer Brandts, fügte Botschafter Bohlen hinzu, Brandt solle nicht zögern, Präsident Kennedy persönlich anzurufen, wenn er es für notwendig halte. Das sei noch besser als Briefe zu schreiben, mit denen leicht Mißbrauch getrieben werden könnte. Und damit hatte Bohlen zweifellos recht.

Nach den Besprechungen, in denen die amerikanischen Besucher Kennedys Brief erläuterten hatten, war Brandts Kurz-Kommentar über den Präsidenten: „Das ist ein Mann.“ Das klang nicht nach Verschnupfung über den Brief.

Präsident Kennedy hat später öffentlich gesagt, niemand habe ihm im August 1961 vorgeschlagen, die Mauer mit Gewalt entfernen zu lassen — auch nicht die Bundesregierung, auch nicht der Regierende Bürgermeister von Berlin.

Jedenfalls war dieser vom 18. August 1961 datierte Brief — volle drei Seiten lang, hellgrün, mit blauem Aufdruck „The White House“ — alles andere als unfreundlich oder verletzend.

Es bleibt traurig, daß es erst des 13. August bedurfte, um das System der Kommunikationen zwischen den Hauptstädten und Berlin schneller und wirksamer zu machen.

Die Sache mit dem Adenauer-Besuch in Berlin bedarf einer Ergänzung. Am Abend des 13. rief der Bundesaußenminister den Regierenden Bürgermeister in Berlin an und sprach sich dabei aufgrund der eingetretenen Situation für eine enge Zusammenarbeit aus. Am 14. August setzte der Bundeskanzler seinen Wahlkampf in Regensburg mit einem heftigen persönlichen Angriff ge-



Mauerbesucher Clay
„Warum mit einer Sondermaschine ...“

gen den Regierenden Bürgermeister fort.

Der Bundestagsabgeordnete Barzel erklärte am 23. August, Dr. Adenauer habe den Mut gehabt, der begreiflichen Erregung im deutschen Volk mit überlegener Ruhe und wirksamer diplomatischer Aktivität zu begegnen.

Von Hassel, damals Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, erklärte am 3. September, daß beide — Adenauer und Brandt — das gleiche getan hätten, nämlich sie seien dorthin gegangen, wo sie hingehörten: der eine nach Berlin, der andere ins Bundeskanzleramt.

Zwei Tage später begründete der Bundeskanzler sein Verhalten damit, er habe befürchtet, sein Erscheinen in Berlin unmittelbar nach dem 13. August

hätte das Signal zu einem Volksaufstand sein können. Er glaube deshalb, daß er klug gehandelt habe.

Man sieht, es gibt viele Gründe zum Aussuchen, nur nicht den, daß der Regierende Bürgermeister schuld daran war, wenn Konrad Adenauer erst eine Woche nach Johnson kam*. Ich vermag auch nicht einzusehen, warum ein Bundeskanzler immer mit einer amerikanischen Sondermaschine fliegen muß, wo es so viele Linienflüge gibt und auch schon damals gab.

Als Adenauer dann kam, hatte ich, nach allem, was geschehen war, ehrliche Sorge, ob die beiden sich die Hand geben würden. Brandt hatte es über sich gebracht, in seiner Ansprache vor dem Rathaus am 16. die Gegensätze wegzuwischen. Aber als Adenauer kam, fuhr er zum Flugplatz, begrüßte ihn förmlich, die Atmosphäre war tief eisig. Er begleitete ihn nicht auf der Stadtrundfahrt. „Das verträgt meine Selbstachtung und mein Geschmack nicht. Es gibt keinen Grund zum Jubeln.“

Wir hatten überhaupt gesehen, daß diejenigen, die normalerweise die größten Worte am lautesten benutzten, in der Krise und danach am stillsten waren. Am 16. August empfing der Bundeskanzler den sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow und versicherte, die Bundesregierung werde keine Schritte unternehmen, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschärfen würden.

Am selben Tag begann der Bau der Mauer.

Es hat in der Tat — erstaunlich genug — niemals einen förmlichen Protest der Bundesregierung gegen den Bau der Mauer bei der Sowjet-Union gegeben.

Die Darstellung über die Rolle und die Schwierigkeiten General Clays in der SPIEGEL-Serie empfinde ich als einseitig (SPIEGEL 36/1966). Es ist eine große Zahl von positiven Äußerungen des Generals bekannt, die er während und nach seiner Berliner Zeit öffentlich und nichtöffentlich über Brandt gemacht hat.

Als Clay in eine Kontroverse geriet nach Unterhaltungen mit Journalisten in Berlin, machte er in einem vertraulichen Gespräch klar, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ein Ziel der amerikanischen Politik bleibe, daß aber alle Beteiligten sich darüber klar seien, daß dies kein Ziel der nahen Zukunft sei. Er gebe persönlich zu bedenken, ob nicht eine Vielzahl von Kontakten zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands erwünscht sei, wenn es darum gehe, die Zusammengehörigkeit wachzuhalten. Das zu erreichen, könnten die Amerikaner den Deutschen nicht abnehmen.

In Willy Brandts schon erwähntem Kennedy-Buch heißt es dann: „Wenige Wochen später — auch dies war im Spätherbst 1961 — überraschte mich der General mit der sorgenvollen Frage, ob es denkbar sei, daß es einflußreiche westdeutsche Kreise — ‚bis in die Regierung hinein‘ — gebe, die Berlin als ‚eine Sache für sich‘ betrachteten. Wenn solche Tendenzen, die sich zwischen Pessimismus und Preisgabe bewegten, in Amerika bekannt würden, könnte das einen verhängnisvollen Eindruck machen. Ich versuchte,

* Hat der SPIEGEL nicht behauptet. — Red.



... wo es so viele Linienflüge gibt“: Mauerbesucher Adenauer am 22. August 1961

solchen Eindrücken entgegenzuwirken, so gut ich konnte. Aber dem General ging es nicht nur um die Aufklärung von „Mißverständnissen“. Er machte deutlich, daß man in Washington präzise deutsche Vorstellungen zur Berlin- und Deutschland-Frage erwarte. Man dürfe sich nicht damit begnügen, zu sagen, was man *nicht* wolle. Das sei einfach nicht genug.“

Damit sind wir bei dem Thema, wie der Westen den 13. August „verarbeitet“ hat und welche Folgerungen er daraus zog. Was wurde also aus der Erklärung der Bundesregierung vom 18. August im Deutschen Bundestag, in der die Bundesregierung nicht nur ihr großes Bedauern feststellte über diesen Willkürakt, der mit Billigung der Regierung der UdSSR erfolgt sei (eine Formulierung, die doch wirklich zeigt, wie vornehm wir sein können), sondern in der die Bundesregierung von sich sagt: „Sie wird gemeinsam mit den drei westlichen Verbündeten die erforderlichen Maßnahmen vorbereiten und durchführen.“

Es entwickelte sich, was eigentlich niemanden wundern kann, eine Dis-

unter falscher Berufung auf den Viermächte-Status Ansprüche auf West-Berlin geltend machen. Mit anderen Worten: Eine stärkere Einbeziehung Berlins in den Bund, die natürliche Antwort auf das, was mit dem Ostsektor der Stadt geschehen war, unterblieb. Es hätte geschehen können, ohne damit die alliierte Verantwortung für West-Berlin anzutasten.

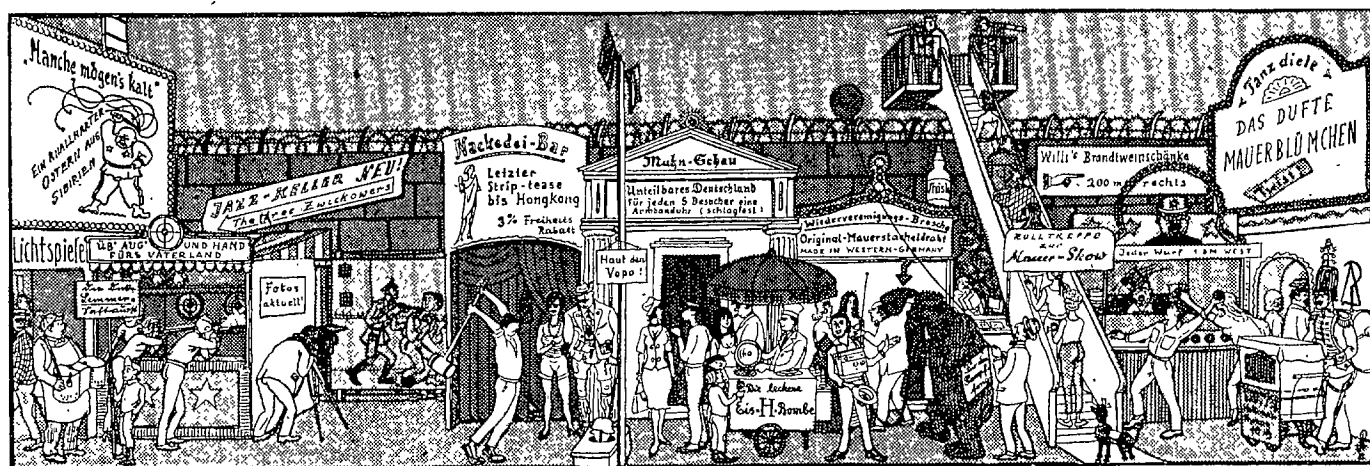
In späteren Jahren verlangte auch die Berliner CDU die Teilnahme Berlins an Bundestagswahlen. Aber damals, am 16. August 1961, schrieb die „Politisch-Soziale Korrespondenz“, ein Presseedienst, der als CDU-offiziös und Minister Krone nahestehend bezeichnet wird, die Berlin-Krise sei in Wirklichkeit noch gar nicht ausgebrochen. „Eine Maßnahme der Kommunisten in ihrem eigenen Machtbereich ist nicht eine Maßnahme im Bereich des Westens.“

Dies war, nach vielen starken Worten vorher und auch später, die nüchterne Einsicht in die Gegebenheiten von „Machtbereichen“, die sich schon 1948 gezeigt hatten, als die einheitliche Verwaltung der Stadt durch den Sturm auf das Stadthaus zerbrochen wurde,

Der Senat stellte sich Ende November/Anfang Dezember auf die neue Lage ein und sah die neue Aufgabe. Er bot unter Einschaltung des Roten Kreuzes den Behörden in Ost-Berlin Verhandlungen über Passierscheine an. Dieser Versuch scheiterte damals.

Aber was der Regierende Bürgermeister am 16. Dezember 1961 dazu erklärte, gilt bis heute und ist Thema bis heute geblieben: „Vielleicht könnte man uns einen Vorwurf daraus machen, daß wir Verhandlungen über Passierscheine überhaupt angeboten haben. Die Begegnung der Menschen in dieser einen Stadt Berlin bedarf von Rechts wegen keiner Passierscheine und keiner Genehmigungen. Wir haben diese Gesichtspunkte zurückgestellt im Interesse der Menschlichkeit. Wir haben sie zurückgestellt, weil — nach der ersten Stufe unserer Vorschläge — wenigstens die nächsten Verwandten, die alten Menschen, die elternlosen Kinder besucht werden sollen...“

Es ist die Aufgabe, die unmenschlichsten Auswirkungen der Teilung zu überwinden und Verbindungen zwischen



Simplicissimus

Angsttraum vom künftigen Handel und Wandel an der Mauer

kussion um juristische Fragen. Der Regierende Bürgermeister, der am 18. August 1961 im Bundestag als Mitglied des Bundesrates sprach, erklärte: „Die von der Sowjet-Union zerfetzten Viermächte-Vereinbarungen dürfen nicht zu einem Selbsthindernis des Westens werden... Die Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin... müßten gestrafft werden.“

Für die Fraktion der CDU erklärte Dr. Krone, der Viermächte-Status dürfe nicht von deutscher Seite in Frage gestellt werden. Man würde sonst für spätere Verhandlungen eine wichtige Rechtsposition aufgeben.

Dr. Mende fand namens der FDP, „die Antwort auf eine fortgesetzte Verhöhnung des Viermächte-Status... kann nur die Eingliederung Berlins in die Bundesrepublik Deutschland sein“.

Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, verlangte, sich stärker auf die Verpflichtungen des Grundgesetzes zu besinnen. Danach ist Berlin Teil der Bundesrepublik.

Am selben Tage präzisierte Brandt vor der ausländischen Presse, es müsse verhindert werden, daß die Sowjets

und dann wieder 1953, als die Sowjets, ebenso widerrechtlich, nach dem Volksaufstand zeitweilig den Ostsektor abgesperrten.

Brandt drängte noch einmal am 7. September auf eine westliche Verhandlungsinitiative und eine Friedenskonferenz in einer Niederschrift, die er den Amerikanern überreichen ließ.

Es blieb beim Status quo minus.

Soweit wir feststellen konnten, hat sich weder die westliche Arbeitsgruppe noch die Außenministerkonferenz in Washington (15. bis 16. September 1961) mit der Frage der Beseitigung der Mauer befaßt. Gesprächsthemen waren allgemeinere Fragen der Vorbereitung von Ost-West-Verhandlungen.

Am 29. November gab Vizekanzler Professor Erhard die Regierungserklärung des letzten Kabinetts Adenauer bekannt. Sie enthielt keinen Hinweis darauf, daß die Bundesregierung den widerrechtlich geschaffenen Zustand in Berlin in Frage stelle. Sie enthielt auch keinen Hinweis darauf, daß die bestehenden Bindungen zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik positiv verändert werden sollten.

den beiden Teilen der Stadt wiederherzustellen. Eine deutsche Aufgabe, die nur mit den Behörden auf der anderen Seite gelöst werden kann und die die Verantwortung der drei Mächte für West-Berlin nicht berührt.

Der 13. August ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der westlichen Politik. Aber für deutsche Selbstgerechtigkeit ist noch weniger Anlaß.

Die Frage ist, ob wir aus der Geschichte des 13. August gelernt haben. In meiner Sicht heißen die Lehren:

- ▷ Auf Rechtsstandpunkten beharren, ist noch keine Politik.
- ▷ Der Verzicht auf Initiativen aus Vorsicht, Schwäche oder Unsicherheit verhindert keinen Status quo minus.
- ▷ Versäumnisse oben büßen alle.

Deutschland zerbröckelt, wenn jedes Angebot zur „gemeinsamen Bestandaufnahme als Ausdruck unserer Verantwortung“ (Brandt am 20. Juni 1961) im Getümmel des Wahlkampfes untergeht; denn wann gibt es in unserem Lande eine Zeit, in der nicht irgendwo Wahlen bevorstehen?